

## INHALT

1. SPD, Grüne und SSW verabschieden Mindestlohngesetz und Korruptionsregister
2. Innenministerium stellt fest: Gaschkes Eilentscheidung war illegal
3. Verkehrspolitische Debatte im Landtag
4. Debatte zum Bürokratieabbau

27.09.2013

### **SPD, Grüne und SSW verabschieden Mindestlohngesetz und Korruptionsregister Kritik der Betroffenen wird vom Tisch gewischt**

Die Fraktionen von SPD, Grünen und SSW haben aller Kritik aus Wirtschaft und Verwaltung zum Trotz das geplante Landesmindestlohngesetz und das Antikorruptionsregister heute beschlossen. Der Antrag der CDU-Fraktion, die erheblichen Bedenken zunächst zu prüfen und dann eine dritte Lesung durchzuführen, wurde von den Abgeordneten der Regierungsfractionen abgelehnt.

CDU-Fraktionschef Johannes Callsen erneuerte seine Kritik an den Plänen. Die Gesetze behinderten den Mittelstand in Schleswig-Holstein und gefährdeten Arbeitsplätze. Das Antikorruptionsregister stelle Unternehmer unter einen Generalverdacht und hebele die Unschuldsvermutung für mittelständische Handwerker aus. Darüber hinaus seien auch viele Angebote im kulturellen Bereich, in Kindertagesstätten, in Musikschulen und Volkshochschulen, in der Schulsozialarbeit oder bei den betreuten Grundschulen gefährdet.

Redner der Regierungsfractionen behaupteten, die Gesetze seien auch gut für die Unternehmen. In einem späteren Redebeitrag zum Thema Bürokratieabbau nahm auch Ministerpräsident Torsten Albig angesichts der Vorwürfe erstmals Stellung zu dem Gesetzespaket. Es würde „gute Bürokratie“ schaffen, weil es ehrlichen Unternehmen helfe.

Die Wirtschaft sieht dies offensichtlich nach wie vor anders. So fragte sich Handwerkspräsident Mietschke in einer Pressemitteilung, „wofür Anhörungen durchgeführt werden, wenn hinterher Gesetzentwürfe ohne Änderungen verabschiedet werden.“ Das Gesetz blähe die bürokratische Belastung der Unternehmen weiter auf. Er könne ja verstehen, dass Stellungnahmen aus der Wirtschaft nicht eins zu eins übernommen werden. Sie komplett zu ignorieren, verwundere jedoch sehr.

Im Mittelpunkt der Debatte standen heute jedoch die Integrationsbetriebe. Einer von ihnen hatte sich in einer E-mail an alle Landtagsfraktionen gewandt. Von 70 Mitarbeitern des Betriebes, der Menschen mit Behinderungen beschäftigt, müssten nach Worten des Geschäftsführers im Falle des Inkrafttretens des Gesetzes 50 entlassen werden. Dies wurde von Rednern der Koalition abgestritten. SPD-Fraktionschef Stegner erklärte, sollten die

Befürchtungen dennoch eintreten, werde man sich darum kümmern.

„Menschen mit Behinderungen finden nicht einfach einen anderen Arbeitsplatz. Sie schicken diese Menschen über die Arbeits- in die Trostlosigkeit von Hartz IV“, erklärte die Sprecherin der CDU-Fraktion für Menschen mit Behinderungen, Heike Franzen.



CDU-Fraktionschef, Johannes Callsen, in der Debatte

---

### **Innenministerium stellt fest: Gaschkes Eilentscheidung war illegal Ministerpräsident Albig muss gegen ihn erhobene Vorwürfe aufklären**

Wie das Kieler Innenministerium heute Nachmittag (27. September 2013) bekannt gab, war der Eilentscheid der Kieler Oberbürgermeisterin Susanne Gaschke im Steuerdeal mit einem Kieler Augenarzt rechtswidrig. Zu diesem Ergebnis sei die zuständige Kommunalaufsicht des Ministeriums nach Prüfung des Vorfalls gelangt. Die Disziplinaufsicht sei eingeschaltet worden und prüfe nun, ob ein Disziplinarverfahren gegen die Oberbürgermeisterin eingeleitet werden müsse. Gaschke selbst griff daraufhin ihren direkten Vorgänger und heutigen Ministerpräsident Albig scharf an.

Gaschke teilte der dpa am Freitag mit, es sei erstaunlich, dass das Verfahren der Kommunalaufsicht in dieser Weise aufgegliedert werde. Sie wundere sich jedoch auch nicht darüber, da sich der Ministerpräsident bereits vor zwei Wochen persönlich in das Verfahren eingemischt habe. „Ich bin mir nicht mehr sicher, ob es hier um die Sache oder um alte Rechnungen und Intrigen geht“, lies sich Gaschke von dpa zitieren. Gegenüber der Tageszeitung „Die Welt“ bezog sie SPD-Landes- und Fraktionschef Stegner in diese Vorwürfe ein.

Angesichts der von Gaschke erhobenen Vorwürfe forderte der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Johannes Callsen, Ministerpräsident Torsten Albig umgehend zu einer Stellungnahme auf. Neben Innenminister Breitner werde die CDU-Fraktion auch den Ministerpräsidenten zur kommenden Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses zitieren, und darüber hinaus Akteneinsicht zu dem Verfahren beantragen.

„Die Vorwürfe der Kieler Oberbürgermeisterin sind ungeheuerlich. Es ist ein unvorstellbarer Verstoß gegen jeden rechtsstaatlichen Grundsatz, dass ein Ministerpräsident in ein laufendes Verfahren der Kommunalaufsicht eingreift. Gleiches gilt für den SPD-Landesvorsitzenden. Susanne Gaschke muss unverzüglich Ross und Reiter nennen, damit diesen Vorwürfen nachgegangen werden kann. Ebenso unverzüglich muss Ministerpräsident Albig öffentlich

Stellung nehmen“, forderte Callsen.

Callsen erklärte, durch diese öffentliche Schlammschlacht der schleswig-holsteinischen SPD-Landesspitze komme der Überprüfung der Sachentscheidung noch größere Bedeutung zu. Schließlich habe Gaschke immer betont, sie habe lediglich die Vorarbeit ihres Vorgängers im Amt zum Abschluss gebracht.

„Diese Behauptung werden wir mit Nachdruck überprüfen“, so Callsen abschließend.

Link zum Artikel der Welt:

<http://www.welt.de/politik/deutschland/article120450657/Schwere-Mobbing-Vorwuerfe-gegen-SPD-Spitze-im-Norden.html>

---

### **Verkehrspolitische Debatte im Landtag**

#### **Schleswig-Holstein wird zur Sackgasse – Landesregierung hat noch immer nichts dazu gelernt**

Am heutigen Freitag (27. September 2013) debattierte das Plenum des Schleswig-Holsteinischen Landtags auf Antrag der CDU-Fraktion über die verkehrspolitische Situation im Land. Dabei forderte die CDU-Fraktion die Landesregierung in der Debatte auf, die dramatische Verkehrssituation des Landes endlich Ernst zu nehmen und Gegenmaßnahmen zu ergreifen.

Der Verkehrsexperte und Parlamentarische Geschäftsführer der CDU-Fraktion, Hans-Jörn Arp, griff den Wirtschaftsminister in der Debatte scharf an. „Der Wirtschaftsminister steht in der Verantwortung die Verkehrsinfrastruktur zu verbessern und den gemeinsamen Wirtschaftsraum mit Dänemark zu stärken. Daher muss die B5 dringend bis zur dänischen Grenze dreistreifig ausgebaut werden“, so Arp.

Statt sinnlose Briefe nach Berlin zu schicken, die die Fehmarnbeltquerung und die Zukunft der gemeinsamen Metropolregion Kopenhagen/Hamburg in Frage stellen, solle der Wirtschaftsminister dafür Sorge tragen, dass der Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr mit ausreichend Stellen ausgestattet wird. Die Landesregierung müsse sich dringend darum bemühen, dass die B5 wie auch die B202 und die östliche Elbquerung in den neuen Bundesverkehrswegeplan 2015 aufgenommen werde. Bisher war der Ministerpräsident hier untätig gewesen.

In einem zweiten Wortbeitrag für die CDU-Fraktion kritisierte Volker Dornquast die Landesregierung für ihr mangelndes sachorientiertes Problembewusstsein und fehlende Konzepte beim anstehenden Ausbau der A7. Konkret kritisierte er die Ausführungen von Wirtschaftsminister Meyer, der in der Antwort auf eine Kleine Anfrage Dornquasts mit den Worten antwortete: Für die Erweiterung der A7 seien keine spezielle Ausweichstecken vorgesehen und bei der Ausweisung von Park-and-Ride-Plätzen seien allein die Kommunen zuständig.

„Das ist mehr als grob fahrlässig und geht zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger und der Wirtschaft im Land. So darf eine vorausschauende Planung nicht aussehen“, so Dornquast.

Dornquast forderte von der Landesregierung eine Attraktivitätssteigerung des schienengebundenen Personennahverkehrs, zusätzliche Park-and-Ride-Plätze und ein Baustellenmanagement mit Ausweichstrecken.

Weiterhin forderte Dornquast von der Landesregierung, endlich Klarheit über die Pläne zur umstrittenen Stadtregionalbahn zu schaffen. Der ÖPNV müsse dort ausgebaut werden, wo er am Dringendsten benötigt werde. Hier habe der Ausbau der S4 und die Elektrifizierung der AKN Vorrang.

Link zum Antrag der CDU zur AKN:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/1000/drucksache-18-1062.pdf>

Link zum Antrag von CDU und FDP zum Weiterbau der A20:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/1100/drucksache-18-1111.pdf>

Link zum Antrag der CDU zum Planungsstand von S4, AKN und Stadtregionalbahn:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/1100/drucksache-18-1127.pdf>

Link zum Antrag der CDU zum Bundesverkehrswegeplan:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/1100/drucksache-18-1150.pdf>



Parlamentarischer Geschäftsführer, Hans-Jörn Arp, MdL

### Debatte zum Bürokratieabbau

#### CDU kritisiert Bericht der Landesregierung scharf

Der Bericht sei eine Frechheit – mit diesen scharfen Worten kritisierte Fraktionschef Callsen heute (27. September) den Bericht der Landesregierung zum Bürokratieabbau in Schleswig-Holstein. Statt zu beantworten, wie der Bürokratieaufwand für Unternehmen in Schleswig-Holstein halbiert werden könne, bliebe der Ministerpräsident dem Landtag eine Menge Antworten schuldig.

„Herr Ministerpräsident, ein ganz entscheidender Punkt in Ihrem Bericht fehlt. Wenn Sie wirklich Bürokratie abbauen wollen, dann sollten Sie es mal mit vorausschauender Bürokratievermeidung versuchen“, betonte Callsen. Statt Bürokratie für die Unternehmen tatsächlich abzubauen, schaffe die Landesregierung ständig neue Vorschriften für die Wirtschaft. Als Beispiele nannte Callsen in der Debatte das Tariftreue- und Vergabegesetz, das Denkmalschutzgesetz, das Korruptionsregister sowie das Mindestlohngesetz.

„Herr Ministerpräsident, mit Ihrer tatsächlichen Politik führen Sie Ihre großen Worte vom Bürokratieabbau komplett ad absurdum. Nichts von quantitativen Zielmargen, nichts von quantitativer Einschränkung!“, kritisierte Callsen.

Der vorgelegte Bericht der Landesregierung wurde für die weiteren Beratungen an den zuständigen Fachausschuss verwiesen.

Zum Bericht der Landesregierung:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/1100/drucksache-18-1103.pdf>

---

V.i.S.d.P

CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag

Dirk Hundertmark, Pressesprecher

Tel.: 0431/988-1440

[dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de](mailto:dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de)